



Haushalts- und Finanzausschuss

37. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

1. Dezember 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung
im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2859

In Verbindung mit:

Echte Entschuldung der Kommunen statt kaputtsparen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2848

¹⁾ vertraulicher Teil mit TOP 11 bis 13 siehe vAPr 15/28

Ausschussprotokoll 15/329

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zum **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 15/2859** sowie zum **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2848** **kein Votum abzugeben.**

2 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320

Die abschließende Beratung wird für den 12. Januar 2012 vereinbart.

3 Aktuelle Arbeitsergebnisse des Effizienzteams der Landesregierung **9**

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 15/1004

Der Ausschuss debattiert über den Sachstandsbericht. StS Dr. Rüdiger Messal (FM) beantwortet sich ergebende Fragen; eine Antwort soll nachgereicht werden.

4 Abfluss der Mittel des Kinder- und Jugendförderplans im Haushalt 2011 (Kapitel 07 040 Titelgruppe 61) **14**

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 15/1005

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung entgegengenommen.

5 Regionalisierte Ergebnisse der November-Steuerschätzung 15

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 15/1006

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Zu Fragen der Abgeordneten zu den Haushaltsansätzen für die Steuereinnahmen und die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich nimmt StS Dr. Rüdiger Messal (FM) Stellung; darüber hinaus wird eine schriftliche Auskunft erbeten.

6 Neuausrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs sowie Neubesetzung der Geschäftsführung 18

Sachstandsbericht des Finanzministeriums
Vorlage 15/988

Der Ausschuss debattiert sich aus der Vorlage ergebende Fragen.

7 Fachmesse EPOS 22

Bericht des Finanzministeriums
Weiteres Verfahren

MDgt Dr. Patrick Opdenhövel (FM) erstattet einen kurzen Bericht.

8 Politik darf nicht käuflich sein – Ausuferndes Sponsoring nach Empfehlung des Bundesrechnungshofs beenden 24

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3253

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich die Durchführung einer **Anhörung**, zu der von jeder Fraktion nicht mehr als zwei Expertinnen oder Experten benannt werden.

9 Keine Belastung der Steuerzahler in NRW bei der „Griechenland-Umschuldung“ 25

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3252

Der Ausschuss **lehnt** den **Antrag Drucksache 15/3252** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke **ab**.

10 Verschiedenes 26

a) Beratungsfahrplan für die Haushaltsberatungen 2012 26

b) Überlassung von Unterlagen des HFA an den PUA I 27

Der Ausschuss **billigt** einvernehmlich die **Überlassung von Unterlagen** des HFA und seiner Unterausschüsse **an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I**.

* * *

1 Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2859

In Verbindung mit:

Echte Entschuldung der Kommunen statt kaputtsparen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2848

Ausschussprotokoll 15/329

Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Manfred Palmén gibt bekannt, der federführende Ausschuss für Kommunalpolitik wolle morgen seine Beratungen abschließen, sodass ein Votum heute abgegeben werden müsste. Es werde noch ein Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf erwartet, der erst morgen im federführenden Ausschuss vorgelegt werden solle, sodass sich der HFA heute nicht damit befassen könne.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) schlägt vor, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben und dort morgen auch die inhaltliche Debatte zu führen.

Rüdiger Sagel (LINKE) bemerkt, seine Fraktion wäre bereit gewesen, heute abzustimmen. Man habe mit Interesse verfolgt, was die „neue Ampel“ verhandelt habe. Vielleicht müsse man bei diesem Stärkungspaktgesetz eher von „Ampel-Diktatur“ sprechen. Es würden ja weiterhin nur die 350 Millionen €, die bereits im Haushalt bereitgestellt worden seien, an die ursprünglich vorgesehenen 34 Kommunen verteilt. Bei der FDP, die zunächst noch dagegen gestimmt habe, gehe es ja heute rasend, und man sei vor keiner Überraschung sicher.

Die Linke halte selbstverständlich ihre Kritik aufrecht; von daher habe sie ja auch ihren Antrag vorgelegt. Wenn nun nur im Ausschuss für Kommunalpolitik darüber beraten und heute im HFA kein Votum abgegeben werden solle, könne seine Fraktion damit leben.

Christian Weisbrich (CDU) führt aus, seine Fraktion sei weder mit dem Gesetzentwurf noch mit dem Beratungsverfahren einverstanden. Im Ausschuss für Kommunalpolitik solle morgen die Anhörung ausgewertet werden, offenbar stünden die Ergebnisse aber schon fest. Das sei eine Missachtung all derer, die sich viel Mühe ge-

macht hätten. Da der Änderungsantrag heute nicht vorliege, sei er aber einverstanden, kein Votum abzugeben.

Wenn heute über den ursprünglichen Gesetzentwurf abgestimmt würde, hätte ihre Fraktion auch Schwierigkeiten, zuzustimmen, bemerkt **Angela Freimuth (FDP)**. Mit dem Änderungsantrag, über den morgen der Ausschuss für Kommunalpolitik entscheiden werde, würden aber maßgebliche Änderungen – aus Sicht der FDP-Fraktion deutliche Verbesserungen – vorgenommen. Sie sei selbstverständlich einverstanden, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben.

Hans-Willi Körfges (SPD) schließt sich dem Verfahrensvorschlag von Herrn Mostofizadeh an und kommentiert zwei Bemerkungen der Vorredner.

Erstens sei es Sinn einer Anhörung, Konsequenzen aus den Stellungnahmen zu ziehen. Das hätten drei Fraktionen gemacht und sich auf einen Änderungsantrag geeinigt. Was daran kritikwürdig sei, werde wohl das Geheimnis von Herrn Weisbrich bleiben.

Zweitens: Im Zusammenhang mit dem Stärkungspaktgesetz von „Diktatur“ zu sprechen, wie Herr Sagel es getan habe, empfinde er persönlich nicht nur als ungehörig, sondern als Unverschämtheit.

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zum **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 15/2859** sowie zum **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2848** **kein Votum abzugeben.**